

## Am Bahnhof soll man sich wohl fühlen!

Wie geht es weiter am Bahnhof Schöneweide?

Runde Tische sind für mich mehr als nur Arbeitstreffen oder Erfahrungsaustausch. Sie sind eine kooperative und sehr konstruktive Form der Zusammenarbeit. Vor Kurzem gab es das erste Treffen des Runden Tisches zum Umfeld des Bahnhofes Schöneweide.

Die Idee hierzu entstand bei einem Gespräch mit Mitarbeitern der Deutschen Bahn AG. Diese berichteten mir, dass sie natürlich auch sehr an einem guten und sauberen Umfeld interessiert seien, man aber alle anderen Verantwortlichen auch mit an einen Tisch bringen müsste.

Neben unserem Bezirksbürgermeister Oliver Igel, dem Stadtrat Rainer Hölmer und Mitarbeitern der zuständigen Fachbereiche im Bezirksamt waren auch Vertreter der Bahn, der BVG und der BSR anwesend. Vertreter des zuständigen Polizeiabschnitts, von Gangway e.V. (Straßensozialarbeit) von

der Seniorenvertretung und des Managements des Zentrum Schöneweide machten die Runde komplett.

Gemeinsam haben wir überlegt, was passieren muss, damit man sich im und um den Bahnhof herum wieder wohlfühlen kann. Welche Angebote könnte man schaffen, wie könnte man das Umfeld auf Dauer sauber halten? Erste Ideen wurden skizziert und sollen nun in den kommenden Wochen und Monaten konkretisiert werden. Ein weiteres Treffen ist bereits in Planung. Ziel ist es, noch in diesem Jahr erste Erfolge sichtbar zu machen.

Zugleich fragen wir uns alle, wann es wie mit den Bauarbeiten am Bahnhof Schöneweide weitergeht. Über den aktuellen Stand sowie die weitere Planung der Bauarbeiten möchte ich sie Ende September und Anfang Oktober in zwei öffentlichen Bürgerversammlungen informieren.

## Bürgerversammlung

**27. September, 19:00 Uhr,  
Mittelpunktbibliothek Treptow**

(Michael-Brücker-Straße 9)

+

**5. Oktober, 19:00 Uhr,  
Rathaus Johannisthal**

(Sterndamm 102)

## Ich deutsch - Die neue Leitkultur

Lesung am 8. September im Rathaus Johannisthal

Als Raed Saleh mit fünf Jahren aus Palästina nach Deutschland kam, konnte ihm niemand sagen, was das ist – ein Deutscher. Wie verhält man sich richtig? Wie tickt dieses Land? Und welche Werte sind unumstößlich?

Weil Saleh diese Orientierungsprobleme aus eigener Erfahrung kennt, kann er Neubürgern überzeugend davon erzählen und so die entscheidenden Antworten geben. Saleh dreht den Spieß um, indem er eine Grenze um unseren demokratischen Konsens zieht. In Zeiten, in denen immer mehr Menschen Fake News, Pegida oder AfD auf den Leim gehen und Flüchtlingsheime brennen, ist es nötiger denn je, die Vorzü-

ge unserer offenen Gesellschaft zu unterstreichen. Ein wichtiges und überfälliges Buch, das den Kern unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts neu definiert.

Ein Buch zu verfassen und Anforderungen an eine weltoffene deutsche Gesellschaft zu formulieren ist das Eine. Das Andere ist jedoch die Diskussion über diese Thesen.

**Raed Saleh liest aus seinem Buch „Ich deutsch. Die neue Leitkultur“ und stellt sich Ihren Fragen am Freitag, den 8. September, ab 19 Uhr, im Rathaus Johannisthal.**

„Ich deutsch. Die neue Leitkultur“, von Raed Saleh ist im Verlag Hoffman und Campe erschienen. Hardcover, 223 Seiten, 20 Euro.



## So können Sie mich erreichen:

### Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5  
10117 Berlin  
Tel.: 030 / 23 25 22 90

### Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal  
Sterndamm 102  
12487 Berlin  
Tel.: 030 / 40 74 22 73

### Bürgersprechstunde

Montags, 14:30 - 17 Uhr  
SPD-Ansprechbar  
Siemensstraße 15  
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

# Ansprechbar

Wahlkreiszeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 3. Quartal / 2017

## Sachgrundlose Befristung abschaffen

Lebensplanung muss für jeden möglich sein

In der letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause hat die rot-rot-grüne Koalition einen wichtigen Antrag in das Plenum des Abgeordnetenhauses eingebracht. Darin geht es um die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen in den landeseigenen Unternehmen, Tochterunternehmen sowie im Öffentlichen Dienst. Es geht also um nichts weniger als eine sichere Lebensplanung über unerklärliche Fristen hinaus.

Wie soll eine junge Familie den Nachwuchs planen oder den nächsten größeren Urlaub, wenn der Vater befristet bei der BSR angestellt ist und nicht weiß, ob sein Arbeitsvertrag im nächsten Jahr verlängert wird? Und das, ohne das es für diese Befristung einen ersichtlichen, stichhaltigen Grund gibt. Sachgrundlose Befristungen sind nicht der Standard in den landeseigenen Unternehmen oder in der Berliner Verwaltung. Aber sie kommen vor. Allein in den Amtsstuben sitzen über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem solchen Arbeitsvertrag.

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es eine enorme psychische Belastung, wenn der Arbeitsvertrag befristet ist. Bei einer Elternzeitvertretung oder einem kurz-

zeitigen Projekt, wo die Arbeitskraft nur kurzzeitig gebraucht wird - da sind Befristungen angemessen und ordnungsgemäß. Warum aber soll im Öffentlichen Dienst oder bei einem Landesunternehmen jemand ohne Grund zeitlich begrenzt beschäftigt sein? Gerade hier muss das Land Berlin zeigen, dass es ein Arbeitgeber ist, der seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gute Perspektiven bietet und damit Vorbild auch für die private Wirtschaft ist.

Wie schon beim Mindestlohn, malt die Wirtschaft Geister an die Wand, dass die nötige Flexibilität verloren ginge und dies der guten wirtschaftlichen Lage schade. Nur, was nützt es, dass diese Lage nicht ankommt bei denen, die einen großen Teil zu ihr beitragen?

Der Antrag wird nach der Sommerpause in den Fachausschüssen beraten und noch in diesem Jahr beschlossen. Aber schon jetzt ist das Signal in die Berliner Verwaltung, die Landesunternehmen und die Berliner Wirtschaft klar: Mit Rot-Rot-Grün wird prekäre Beschäftigung nicht länger toleriert!

Ihr Lars Düsterhöft

# Zukunft gestalten statt Zurückrudern

Tegel als Entwicklungsmotor für die ganze Stadt



Ein Flugzeug der AirBerlin im Landeanflug auf Berlin-Tegel. Foto: Gerhard Frassa / pixelio.de

Mit der Bundestagswahl am 24. September stimmen die Berlinerinnen und Berliner auch darüber ab, ob sie den Flughafen Tegel offen halten wollen oder nicht.

Darüber sind Diskussionen entbrannt, weil einige Parteien - ob erst neuerdings oder als einziges Wahlkampfthema - die rechtlichen Beschlüsse zum Thema nicht anerkennen wollen. Die SPD Berlin hat dazu eine klare Position: Der Flughafen Tegel muss nach der Eröffnung des BER schließen. Dafür werben der Senat und wir mit guten Argumenten.

Das wichtigste Argument betrifft dabei die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner. Ihre Gesundheit wird durch den fehlenden Lärmschutz schon jetzt gefährdet. Sie vertrauen zurecht darauf, dass das jahrzehntealte Versprechen der Schließung - gegeben von allen Parteien - endlich umgesetzt wird. Bleibt Tegel offen, wird eine Klagewelle auf das Land zurollen. Denn wenn wir das - auch rechtliche - Versprechen brechen, ist damit zu rechnen, dass

wir 400 Millionen bis zwei Milliarden Euro Steuergelder in die Nachrüstung des Lärmschutzes für 300.000 Menschen stecken müssen. Die zusätzlichen Summen für Instandsetzung und Modernisierung des Flughafens sind nicht genau zu beziffern. Wenig ist es nicht und dabei für das Land kaum zu erwirtschaften. Gelder, die wir für wichtigeres ausgeben möchten. Nämlich für eine sinnvolle Nachnutzung des Flughafengeländes.

Die Planungen dafür laufen seit vielen Jahren und sind bereits sehr konkret. Es soll ein Schmelztiegel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Wohnen und Leben werden.

Allein 800 Unternehmen können sich auf dem Flughafengelände ansiedeln, die mit 20.000 Arbeitsplätzen und 150 Millionen Euro Steuereinnahmen den Standort zum Jobmotor machen. Ähnlich wie in Adlershof kann sich eine Dynamik entwickeln, die in Kooperation mit der Wissenschaft steht. Denn die Beuth-Hochschule bekommt auf dem Flughafengelände zukünftig Platz für

Lehre und Forschung, kann sich vergrößern und Berlin als Hochschulstandort stärken.

Die vielleicht wichtigste Nutzung des Geländes sind die geplanten 9.000 Wohnungen. Tegel kann damit ein Zuhause für viele tausend Menschen werden. Um sie herum kann ein vollkommen neuer Kiez wachsen, denn zu den neuen Wohnungen gehören sechs Kitas, eine Grundschule und ein Jugendfreizeitzentrum. Wohnortnahe Versor-

gung entwickelt sich mit dem wachsenden Kiez. Für die Erholung soll es einen 250 Hektar großen Landschaftspark geben, der die neuen Bewohnerinnen und Bewohner genauso zum Verweilen einladen wird, wie alle Menschen in Berlin.

Das alles wird einen Platz finden auf dem Flughafengelände, wenn Tegel schließt. So eine Möglichkeit ergibt sich kein zweites Mal. Nicht mitten in Berlin.

## Wenn guter Rat ganz kostenfrei ist Neue Sprechstunde des Rechtsanwaltes Stefan Voigt



Wer eine Mieterhöhung bekommt, wer Ärger mit dem Jobcenter hat oder wer einen Unfall hatte sucht oftmals vergeblich guten Rat. Der Gang zum Rechtsanwalt ist stets mit der Befürchtung verbunden, viel Geld zahlen zu müssen.

**1. Mittwoch im Monat,  
16:30 bis 18 Uhr,  
SPD-AnsprechBar  
(Siemensstraße 15)**

Seit nun 5 Jahren gibt es in der SPD-AnsprechBar die kostenfreie Sprechstunde von Rechtsanwälten. Ab dem 20. September 2017 wird es dieses Angebot nun auch im SPD-Büro im Rathaus Johannisthal geben. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

**3. Mittwoch im Monat,  
17 bis 18 Uhr,  
im Wahlkreisbüro  
(Sterndamm 102)**

# Berlin beschließt höheren Mindestlohns

„Wer meint, dass wir uns damit zufrieden geben, der irrt.“



Berlin erhöht den Mindestlohn von 8,84 Euro auf 9 Euro. Foto: Uschi Dreiucker / pixelio.de

Welcher Politiker kann es sich vorstellen, für gerade mal 8,84 Euro früh aufzustehen und den ganzen Tag einer fordernden Tätigkeit nachzugehen? Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner machen genau dies jeden Tag. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten, so dass viele Menschen am Ende des Monats trotz Vollzeitbeschäftigung knapp bei Kasse sind und nicht selten von den Jobcentern finanziell unterstützt werden müssen.

Berlin wächst und profitiert von der derzeitigen dynamischen Wirtschaftslage. Das Land Berlin wird nach Jahren des harten Sparens endlich wieder in die Infrastruktur investieren und hierzu unzählige Aufträge an private Unternehmen vergeben. Diese positive Entwicklung muss aber auch bei den Menschen ankommen. Die Landesregierung hat daher beschlossen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für oder im Auftrag des Landes Berlin arbeiten, künftig mindestens neun Euro in der Stunde verdienen müssen.

Diese Erhöhung des Mindestlohns bzw. des Mindestentgeltes um 16 Cent gegenüber dem bundeseinheitlichen Mindestlohn ist natürlich überschaubar. Aber Berlin wird damit wieder zum Vorreiter für den Mindestlohn. Bereits vor dem bundeseinheitlichen Mindestlohn galt in Berlin für die landeseigenen Unternehmen sowie bei öffentlichen Ausschreibungen ein Mindestlohn von 8,50€.

Als Sozialdemokrat bin ich stolz, dass es uns gelungen ist, der CDU/CSU auf Bundesebene den Mindestlohn abzurufen. CDU/CSU, FDP und AfD sehen den Mindestlohn noch immer als Hemmschuh für unsere Wirtschaft an. Für uns ist der Mindestlohn Grundlage für die Soziale Marktwirtschaft. Es geht um Gerechtigkeit, Anerkennung und Fairness.

Ein Mindestlohn bzw. ein Mindestentgelt des Landes Berlin in Höhe von 9 Euro kann aber nur ein erster Schritt sein. Jährlich soll die Höhe überprüft und spätestens alle zwei Jahre angepasst werden.